

## Stellungnahme zum Haushalt 2022



Obwohl zur Zeit kein Kämmerer im Amt ist, ist es rechtzeitig vorm Jahresende gelungen, einen Haushalt für das kommende Jahr vorzulegen. Dazu gebührt der Verwaltung sowie allen am Haushalt Beteiligten, allen voran Herrn May, ein Dankeschön. Wie heute zu vernehmen war, wird das Land im kommenden Jahr die Hälfte der Schulden aus kommunalen Kassenkrediten übernehmen. Dies ist überfällig, wirkt dem Schulden-Turbo zulasten zukünftiger Generationen entgegen – bietet der Kommune aber keinen weiteren Gestaltungsraum.

Dieser Haushalt ist u.a. geprägt durch die Pandemie, die auch im nächsten Jahr noch große Auswirkungen auf Einnahmen und Ausgaben haben wird. Dennoch darf dies kein Freibrief sein, überdimensional Schulden zu machen. Durch neue Aufgaben, z.B. das neue Kita-Gesetz, Vorgaben oder gestiegene Standards sind der Stadt Mehrausgaben vorgeschrieben, die in dieser Höhe nicht durch Einnahmen kompensiert werden können. Umso mehr muss ein kommunaler Etat unserer Tage ein Bewusstsein für soziales, nachhaltiges Wirtschaften deutlich machen und verantwortlich haushalten. Wir begrüßen, dass diesmal im Bereich der freiwilligen Ausgaben (Bildung, Kultur, sozial engagierte Vereine/Initiativen usw.), wo die gestaltbaren Ausgaben bereits auf ein Minimum gekürzt sind, keine weiteren Streichungen vorgenommen wurden. Im Ergebnishaushalt müssen jedoch, wo noch möglich, Einsparungen im allgemeinen Verwaltungshandeln erzielt werden. Bei einzelnen Positionen ergaben Nachfragen durchaus „Spielraum“ und es konnte nachgebessert werden. Es muss Selbstverständnis eines jeden Amtes werden, alle Ausgabenpositionen noch intensiver auf den tatsächlichen Bedarf und die Umsetzbarkeit im Haushaltsjahr abzuklopfen. Nicht: Was wollen wir alles gleichzeitig und um jeden Preis, sondern: Was schaffen wir mit unseren personellen Ressourcen in diesem Jahr? Welche Gelder müssen wir für Förderanträge hinterlegen? Welchen Kreditumfang können wir verantworten? Dies muss erfolgen, bevor die Fachausschüsse darüber beraten, denn sie – und das ist den Mitgliedern nicht zu verdenken – Fürsprecher des von ihnen vertretenen Bereichs. Ansonsten bleiben nur Not-Maßnahmen wie, so unser Vorschlag, eine Kürzung um 10% aller nicht tariflich oder gesetzlich festgelegten Ausgaben über alle Dezernate. Ein solcher Ansatz für ein sparsameres Verwaltungshandeln – auch wenn es nur ein Zeichen setzen kann, da jegliche Sparsbemühungen nicht mit den Millionensteigerungen bei den Ausgaben Schritt halten könnten - wurde nicht berücksichtigt und auch keine Alternative vorgelegt, weshalb wir dem Ergebnishaushalt nicht zustimmen können.

Vorab: Wir begrüßen ausdrücklich die seit Jahrzehnten geforderte Umgestaltung der Mühlenstraße, die Fertigstellung des historischen Casino-Gebäudes sowie den Ankauf des Sparkassengebäudes als künftigen Sitz der Verwaltung. Dennoch müssen Ausgaben im Investitionshaushalt generell auf den Prüfstand, geleitet von unbedingter Notwendigkeit und Zukunftsfähigkeit. Nachhaltigkeit und Klimaverträglichkeit müssen dabei oberste Priorität haben. Dies ist z.B. bei dem so genannten Mobilitätskonzept Salinental, das insgesamt Millionen verschluckt für Grundstückserwerb, Planung und Ausbau von Straßen, Kreisel und vor allem Parkplätzen, in keinem Punkt gegeben. Hinzu kommt die umfangreiche Bindung von Arbeitszeit innerhalb der Verwaltung für ein solches Projekt. Wir brauchen dringend ein Umdenken von baulichen Großlösungen hin zu kostengünstigen, sinnvollen Lösungen.

Beispiele? Aus unserem Antrag auf einen Zebrastreifen im Bereich der Rheinstraße wurde in diesem Haushalt ein Kreisverkehr mit Kosten von 150.000 €, in der Etatberatung sogar aufgestockt auf 250.000 €. Die wünschenswerte Fahrradabbindung der Heidenmauer an die Mühlenstraße wird ein Bauprojekt von 150.000 €. Um falsch parkende Autos zu vertreiben (!), wurde eine durchaus sinnvolle, überdachte Fahrradabstellanlage neben einem bestehenden Parkhaus mit 70.000 € projiziert. Wenigstens hier wird jetzt eine pragmatische Lösung geprüft.

Bei aller Liebe zum Fahrrad - ist ein stadtweites Fahrradverleihsystem, wie es in Bingen gerade zurückgestellt wurde, momentan für Bad Kreuznach passend? Auch der hohe Betrag für den Bauhof für den jeweiligen Rücktransport der Räder?

Wieder sind Planungskosten für eine Ost-Weststraße eingestellt sind, während gleichzeitig für die Ausstattung des neuen Feuerwehrhauses mit Solaranlagen kein Geld vorhanden ist. Für uns GRÜNE unvorstellbar im Jahr 2022.

Fazit: Bad Kreuznach ist von einem nachhaltigen Umdenken mit Blick auf eine klimaschonende Zukunft noch weit entfernt. Wir können diesem Haushalt so nicht zustimmen.

Für die Fraktion: Hermann Bläsius und Andrea Manz